

**IS-Terror:** Hunderttausende verlassen Syrien

## Massenflucht überfordert die Türkei

**DAMASKUS/ANKARA.** Während die USA ihre Luftangriffe auf die IS-Hochburg Mossul im Irak konzentrieren, attackieren die Dschihadisten kurdische Dörfer in Nordsyrien – und zwingen Hunderttausende zur Flucht in die Türkei. Dort ist die Situation dramatisch. „Die Zahl liegt nahe an 100 000“, so eine UNHCR-Sprecherin in Ankara. „Und weiterhin kommen Menschen.“

Die Türkei hatte am Freitag ihre Grenze geöffnet, nachdem sich Tausende aus Angst vor IS-Massakern davor versammelt hatten. Die Terrormiliz hat in der Region rund um die Stadt Ain al-Arab mehr als 60 Dörfer erobert. Nach UNHCR-Angaben waren wegen des Bürgerkriegs in Syrien rund 200 000 Menschen aus anderen Teilen des Landes nach Ain al-Arab geflüchtet, weil die Stadt als relativ sicher galt.

In der Türkei halten sich nach Regierungsangaben bereits rund 1,3 Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien auf. Das Land gilt damit als völlig überfordert. Weitere 1,8 Millionen vor allem irakische Flüchtlinge suchen in der kurdischen Autonomieregion im Nordirak Zuflucht. Die IS-Terrormiliz hatte im Juni begonnen, von Mossul ausgehend Teile des Iraks zu erobern. Die Dschihadisten kontrollieren rund zwei Drittel Syriens.

### Geiseln befreit

Die USA weiteten ihre Luftangriffe gegen die irakische IS-Hochburg Mossul aus. Anwohner berichteten von US-Luftangriffen auf Stellungen der Terrormiliz im Stadtzentrum. Die 400 Kilometer nördlich von Bagdad gelegene Stadt Mossul ist neben dem syrischen Al-Rakka eine der Hochburgen der Terrormiliz. Bei ihrer Eroberung hatten die Extremisten Mitte Juni Dutzende Geiseln im türkischen Generalkonsulat in Mosul verschleppt. Die 46 türkischen und drei irakischen Geiseln seien nun nach über drei Monaten befreit worden, teilte der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan mit. Der Geheimdienst MIT habe die Geiseln während einer nächtlichen „Rettungsoperation“ befreit.

Papst Franziskus ging bei seinem Besuch in Albanien unterdessen mit islamistischen Terroristen hart ins Gericht: „Niemand soll meinen, er könne sich hinter Gott verstecken, während er Gewalttaten und Übergriffe plant und ausführt.“ *dpa*

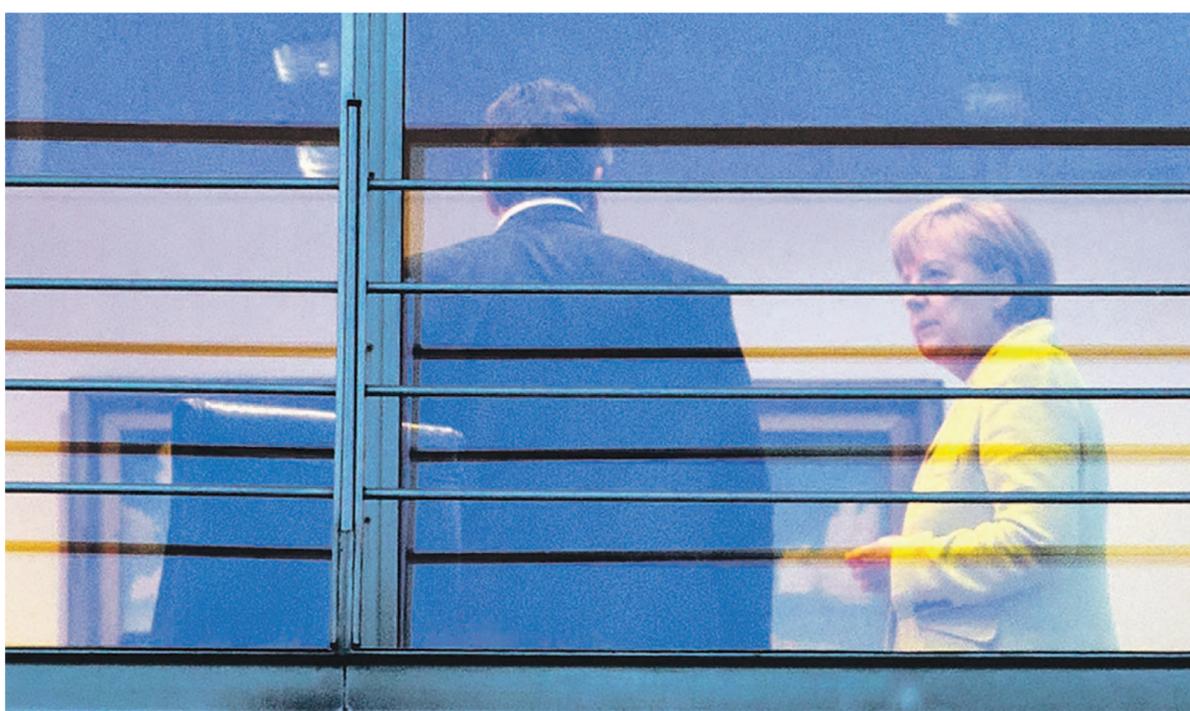


Erschöpfte kurdische Flüchtlinge auf dem Weg in die Türkei. BILD: DPA

### Ukraine

## Kiew zieht Truppen aus Pufferzone ab

**DONEZK/MOSKAU.** Nach der Einigung auf eine demilitarisierte Zone in der Ostukraine haben die Regierungstruppen erste Einheiten aus dem Gebiet Donezk abgezogen. Die Truppen hätten einige Ortschaften verlassen, um die Lage von neuen Stellungen aus besser kontrollieren zu können, teilte die Regierung in Kiew gestern mit. Die Konfliktparteien hatten unter Vermittlung der OSZE eine Pufferzone von 30 Kilometern vereinbart. In der Zone sind keine Waffen oder Kampfverbände erlaubt. Unter dem Motto „Nein zum Krieg!“ protestierten derweil in Moskau Zehntausende Menschen bei einem großen Friedensmarsch gegen die Ukraine-Politik von Kremlchef Wladimir Putin. *dpa*



Die Schaltzentrale der Macht: Angela Merkel und Vizekanzler Sigmar Gabriel im Berliner Kanzleramt

BILD: DPA

**Regierung:** Ob Gesundheitssystem, Steuerrecht oder Pflege – nötige Systemänderungen werden auf die lange Bank geschoben

# Krisengipfel statt Reformen

Von unserem Redaktionsmitglied  
**Ruth Weinkopf**

**MANNHEIM.** Politische Krisen- und Kriegsgebiete haben die Staats- und Regierungschefs der westlichen Welt fest im Griff. Ukraine, Syrien, Irak, der Terror radikaler Islamisten, das ewige Pulverfass Nahost – und hinter den Kulissen lauert die noch immer nicht behobene Schuldenkrise der Eurozone. Mario Draghi, Chef der Europäischen Zentralbank, hält die Geldschleusen offen, doch mit einem Leitzins nahe der Null-Marke sind auch seine Möglichkeiten demnächst erschöpft.

Angesichts dieser Konstellationen muss es nicht verwundern, dass innenpolitische Problemlösungen auf die lange Bank geschoben werden. Oder kleine Änderungen wie das Pflegegeldgesetz oder die Neuordnung der Krankenkassenfinanzierung zur Reform hochgejubelt werden. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles war klug genug, ihre Einlösung von Wahlversprechen bei der Rente als „Paket“ und nicht als Reform zu verkaufen – denn die Verbesserungen sind lediglich kurzfristiger Natur, während die Lasten für das Rentensystem gleich mehrere Generationen zu spüren bekommen werden.

Wirkliche Reformen sind rar gesät, auch wenn die Öffentlichkeit den Begriff, den der Duden als eine Verbesserung des Bestehenden oder eine planmäßige Neuordnung definiert, regelmäßig bemüht. Thomas

König, der an der Uni Mannheim Politikwissenschaften lehrt, und Friedrich Heinemann, Wissenschaftler am Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), sehen Deutschland eher als „Reformwüste“.

Agenda 2010 und Bundeswehrreform – mehr grundlegende Veränderungen hatte Deutschlands Politik in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu bieten – „zumindest nicht aus eigener Initiative“, meint König. Die Neuaufstellung von Arbeitsmarkt und Streitkräften sei zwar nicht die schärfste Form politischer Reformen – weil nur bestimmte Bereiche und nicht das ganze Staatsgefüge betroffen seien –, doch beide Kraftanstrengungen gingen weit über das hinaus, was politisch gerne als Reform verkauft werde.

### Experten kritisieren Ära Merkel

Heinemann rechnet noch die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse zu den Reformen, „da sie neue Spielregeln im Föderalismus aufstellt“. Ob hier Königs Bedingung der „eigenen Initiative“ greift, darüber ließe sich vermutlich trefflich streiten. Selbst den Anstoß zur Energiewende – eine der wenigen Hau-rück-Aktionen der Bundeskanzlerin – lieferte seiner Meinung nach nicht die Einsicht in eine bis heute ungeklärte Endlagerfrage für atomaren Müll, sondern die Reaktor Katastrophe im japanischen Fukushima.

„Bürger wollen eine Bundesregierung, die sie in Ruhe lässt“, vermutet

### Kritik an der Regierung

■ Eine Studie des **Wissenschaftlichen Dienstes des Europaparlaments** attestiert Deutschland, bei den von der EU geforderten Reformen hinterherzuhinken. So werde zu wenig dafür getan, Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren, benachteiligten Menschen Bildungschancen einzuräumen und die Kosten der Energiewende zu senken.

■ Jüngst kritisierte auch der langjährige SPD-Vorsitzende **Franz Müntefering** den mangelnden Reform-Ehrgeiz der Großen Koalition. *dpa*

Politikberater König, der in einem Sonderforschungsprojekt Erfolg und Scheitern von Reformen unter die Lupe nimmt. Maximal zwölf Jahre lang wird ein Team von Wissenschaftlern mit einer „längsschnittartig angelegten Befragung“ herausfinden, wie die Gesellschaft wirklich über Reformen sowie deren Chancen und Risiken denkt. „Reformprojekte“, sagt König, „sind nur dann erfolgreich, wenn sie von den Bürgern mitgetragen werden“. Sei dies nicht der Fall, würden Neuerungen sofort zu unterwandern versucht.

Politiker, vermuten König und seine Mitstreiter, „scheuen vor allem die Kosten einer Reform“, weshalb Handlungszwänge gerne zeitlich verlagert würden – am besten außerhalb der eigenen Amtszeit. So macht

denn auch ZEW-Forscher Heinemann in der Ära Angela Merkel gar keine Reform im klassischen Sinn aus. Selbst die Finanz- und Eurokrise habe keinen umfassenden Reformschub gebracht. „Deutschland stand auf der Sonnenseite, für uns gab es keinen Anlass“, konstatiert Heinemann, der Krisenzeiten eigentlich als typische Reformzeiten sieht.

Auch König attestiert der Kanzlerin, mehr zu reagieren als zu agieren, sich also mit Schadensbegrenzung zufriedenzugeben, anstatt den Mut zur zukunftstauglichen Gestaltung zu haben. Möglicherweise ist der hohe Popularitätswert Merkels auch der Tatsache geschuldet, dass sie den Giftschrank grundlegender Reformen geschlossen lässt, und dem Credo „keine weiteren Belastungen der Bundesbürger“ treu bleibt.

Doch nicht nur die mühsam übertünchte, aber keineswegs gelöste Finanzkrise schreit geradezu nach einem Systemwechsel. Im Gesundheitswesen tickt eine gefährliche Zeitbombe namens Kostenexplosion, eine Reform der Steuergesetzgebung brächte nicht nur die längst überfällige Entlastung der Mittelschicht (Stichwort: kalte Progression), sondern würde das völlig ausgefeuerte, von politischen Lenkungsinstrumenten überfrachtete Recht verständlicher im tatsächlichen wie im übertragenen Sinne machen. Und schlimmer: Die Demografiefestigkeit des Rentensystems wird gerade eben so zurückgeschraubt wie einige Teilbereiche der Agenda 2010.

**Afghanistan:** Rivalen wollen künftig gemeinsam Politik machen / Ghani Präsident, Abdullah Regierungschef

# Vorläufiges Ende eines Wahldramas

Von unserer Korrespondentin  
**Agnes Tandler**

**KABUL.** Vorerst endet der afghanische Machtstreit: Die politischen Erzrivalen Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah haben sich gestern darauf verständigt, gemeinsam zu regieren. Drei Monate lang war über das Ergebnis der Stichwahl zwischen Ghani und Abdullah bitter gezankt worden. Die politische Hängepartie führte zu einer schweren politischen Krise und drohte das Land ethnisch zu spalten. Abdullah, der seine Machtbasis im Norden des Landes hat, wird von den ethnischen Tadschiken und Hazaras unterstützt. Ghani hingegen baut auf den Zuspruch der paschtunischen Bevölkerung und ist im Süden des Landes populär.

Ghani und Abdullah gehören nicht nur unterschiedlichen Volksstämmen an, sondern sind auch persönlich nicht besonders gut aufeinander zu sprechen. Wie weit das von den USA geschmiedete Abkommen zwischen den politischen Geg-

nern Bestand haben wird, bleibt deshalb abzuwarten.

Die Aussicht auf eine neue Regierung in Kabul beendet jedoch zunächst die monatelange Unsicherheit über die zukünftige politische Richtung des Landes kurz vor dem Abzug der NATO-Truppen zum Jahresende. Es sei eine „afghanische Einigung“, erklärte Präsident Hamid Karzai gestern, als Ghani und Abdullah ihr Abkommen im Präsidentenpalast im Herzen von Kabul feierlich unterzeichneten. Er hoffe, dass beide Politiker die von ihm begonnene Arbeit weiterführen würden.

**Druck von Amerika**  
Karzai, der seit 2002 an der Macht ist, konnte sich nicht noch einmal für den obersten Regierungsposten zur Wahl stellen. Die nun unterzeichnete Vereinbarung sieht vor, dass Ghani der nächste Präsident von Afghanistan wird, während Abdullah die neu geschaffene Rolle des Regierungschefs übernimmt. Die Abmachung regelt ebenso, dass innerhalb von zwei Jahren eine traditionelle

Stammesversammlung, die sogenannte Loya Jirga, einberufen wird, die eine Reform des Wahlsystems beschließen soll und die Verfassung ändert, die bislang den Posten des Regierungschefs nicht vorsieht.

Die Einigung beendet den Streit um die Richtigkeit der Wahlergebnisse. Am Ende entschied allerdings nicht der demokratische Wählerwille; die späte Einigung zwischen Abdullah und Ghani darf als Sieg Amerikaner gelten: Außenminister John Kerry hatte die Kandidaten zum Einlenken gebracht. Washington hoffte auf die Unterzeichnung eines Sicherheitsabkommens mit Kabul, das ermöglichen soll, dass Amerika weiterhin Militärbasen in Afghanistan behält. Präsident Karzai hatte die Entscheidung darüber in die Hände seines Nachfolgers gelegt. Abdullah und Ghani haben beide bereits erklärt, dass sie dem Pakt mit den USA zustimmen werden. Das Weiße Haus in Washington begrüßte die Einigung. Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier lobte das Abkommen.

Abdullah hatte die erste Runde der Wahl am 5. April klar gewonnen, jedoch die erforderliche Mehrheit von über 50 Prozent der Stimmen knapp verfehlt und musste daher in einer Stichwahl gegen den zweitplatzierten Ghani antreten. In der Stichwahl am 14. Juni siegte allerdings Ghani nach vorläufigen Resultaten mit 56 Prozent der Stimmen, während Abdullah nur auf 44 Prozent kam.



Wollen gemeinsam regieren: Abdullah Abdullah (li.) und Ashraf Ghani. BILD: DPA

### IN KÜRZE

#### Seehofer kritisiert Nahles

**BERLIN.** Die CSU will nach den Worten des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer die von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) geplanten Aufweichungen der Hartz-IV-Sanktionen stoppen. Ein Verwässern der Maßnahmen gegen „Drückeberger“ werde man verhindern. „Die Agenda 2010 war ja wohl nicht die verkehrteste Reform in Deutschland und steht für das Prinzip des Förderns und Forderns. Wir können jetzt nicht das tragende Element des Forderns von Arbeitslosen aufweichen“, so Seehofer. *dpa*

#### Kenia liefert Deutsche aus

**FRANKFURT/KARLSRUHE.** Kenia hat zwei aus Deutschland stammende mutmaßliche Mitglieder der Terrorvereinigung Al-Shabaab ausgeliefert. Die 30 und 22 Jahre alten Männer seien am Samstag in Frankfurt angekommen, teilte die Bundesanwaltschaft gestern in Karlsruhe mit. Beide sitzen nun in Untersuchungshaft. Sie sollen sich am Kampf der Terrormiliz beteiligt haben. *dpa*

### AUFGELESEN

Neuseelands populärer Premier **John Key** hat bei der Parlamentswahl klar gesiegt und eine absolute Mehrheit errungen. Der 53-Jährige tritt damit eine dritte Amtszeit an. Der deutsche Internetunternehmer **Kim Dotcom** scheiterte mit dem Versuch, die konservative Mehrheit mit seiner eigens gegründeten Internet-Partei auszuhelben. Im Verbund mit der linken Ureinwohnerpartei Mana kam er nur auf 1,3 Prozent der Stimmen. Er hatte mit Anschuldigungen von massiven Überwachungsprogrammen Wahlkampf gemacht und sogar per Video den US-Entwickler Edward Snowden aufgeboten. „Wir haben wegen mir verloren“, entschuldigte sich Dotcom vor Anhängern. *dpa*

#### Einigung im Jemen

**SANAA.** Jemens führende Politiker und Anführer der schiitischen Huthi-Rebellen haben nach Wochen blutiger Auseinandersetzungen in Sanaa einen Friedensvertrag unterzeichnet. Das berichtete gestern die jemenitische Nachrichtenagentur Saba. Kurz zuvor hatte Regierungschef Mohammed Basindawa seinen Rücktritt erklärt. Huthi-Rebellen waren seit Donnerstag immer weiter in Richtung Sanaa vorgedrungen und hatten gestern unter anderem das Armee-Hauptquartier gestürmt. Die Rebellen fordern den Rücktritt der Regierung. *dpa*

#### Sarkozy will Umbenennung

**PARIS.** Frankreichs Ex-Staatspräsident Nicolas Sarkozy gibt nach seiner Rückkehr bekannt, seine kriselnde konservative Partei UMP auf Kurs bringen zu wollen: „Ich werde den Namen der Partei ändern und sie neu organisieren.“ Sarkozy will sich Ende November zum Parteichef wählen lassen. Dies gilt als erster Schritt für eine Kandidatur bei der Präsidenten-Wahl 2017. *dpa*

### Asyl-Kompromiss

## Kretschmann spaltet die Grünen

**BERLIN/STUTTGART.** Nach seiner Asyl-Einigung mit der Bundesregierung reißt die Kritik vieler Grünen an Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann nicht ab. Doch zeigten am Wochenende einige Parteikollegen auch Verständnis für die Entscheidung des ersten grünen Regierungschefs. Bundesparteichef Cem Özdemir nahm Kretschmann in Schutz. „Ich bin auch nicht glücklich über das Gesamtergebnis, aber unsere Verhandler haben Zugeständnisse erreicht – gerade bei der Residenzpflicht und dem verbesserten Arbeitsmarktzugang –, über die unsere Partei während der rot-grünen Jahre glücklich gewesen wäre“, sagte Özdemir. Durch Kretschmanns Ja war im Bundesrat am Freitag eine Mehrheit für die Abkürzung der Asylverfahren für Menschen aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zustande gekommen. *dpa*